

keine Bäume mehr. Aber wer will sich schon Obst- und Gemüse antun? „Im Grünen wohnen“, wenn nur kleine Streifen Rasen übrigbleiben und es Blumen nur noch im Balkonkasten gibt?
CHRIS KAUFMANN, WIEN

Soll es ein Rauchverbot im Gastgarten geben?

(Meinungen, WOCHEN 27/23)

Jahrelang nervten militante Nichtraucher die Gastwirte und die Raucher. Endlich gab es ein Gesetz, dass in Lokalen nicht mehr geraucht werden darf und die Raucher wurden auf die Straße verbannt. Die einzigen Plätze für sie waren die Gastgärten. Und jetzt kommen manche daher und wollen die Gastgärten auch noch rauchfrei haben? Sie wollten rauchfreie Lokale. Sie sollten sich dort hineinsetzen, denn um diesen Platz haben sie gekämpft. Und lassen Sie die Raucher auch noch leben. Im Übrigen, ich bin Nichtraucherin.
ANNA WEISS, KAPFENBERG

Wir waren noch nie im Netz

(Lebensart, WOCHEN 26/23)

Zwar habe ich Internet, ich brauche es auch beruflich, aber mich nervt es wahnsinnig, wenn ich eine Bemerkung mache und sofort zückt jemand sein Smartphone und sucht im Internet danach. Derjenige ist dann die Fachperson. Allerdings werden die Beiträge von irrbaren Menschen hineingestellt. Diese vermeintlichen Fachleute sind es dann auch, die mir sagen: „Du wirst den technischen Fortschritt nicht aufhalten.“ Fortschritt?
EVELYN ZAMECNIK, WALS

Meinungen zum Fernsehprogramm

(TV DABEI)



Der ORF ist die reinste „Auffanggesellschaft“ für Sportpensionisten. Kaum hört er oder sie mit dem aktiven Sport auf, sitzt er oder sie über kurz oder lang in der ORF-Reporterkabine als Co-Kommentator. Wer bezahlt diese unnötigen „Quatscher“? Die Gebührenzahler. Wenn bei einem Fußballspiel zwei bei der Analyse und einer als Co-Kommentator im Studio sitzen, ist das für meine Begriffe einfach zu viel. Das gilt auch für alle anderen Sportarten, die im ORF übertragen werden.
REIMUND FERCHER, WAGRAIN

Ich frage mich, mit welcher Rechtfertigung will der ORF Gebühren? Seit Monaten werden die Zuseherinnen und Zuseher mit Wiederholungen von Wiederholungen zugeschüttet. Das beste Beispiel waren zuletzt auf ORF III diese Kochsendungen „Lafer! Lichter! Lecker!“. Das ewig übertriebene Lachen von Johann Lafer ist kaum zu ertragen. Das gleiche mit „Frisch gekocht mit Andi und Alex“. Wobei diese beiden wenigstens mit Witz und Charme moderieren. Warum kann der ORF nicht österreichische Filme senden? Solange sich die Zuseherinnen und Zuseher das gefallen lassen, macht der ORF, was er will.
SILVIA SCHREILECHNER, WIEN



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Umkehrung der Werte in 50 Jahren

Im Jahr 1972, in dem die „Limits to Growth“ vorgestellt wurden, liegt auch der Beginn der Verkehrswende in unserem Land, die in Wien stattfand, als Bürgermeister Slavik in Alpbach den Stopp der Autobahnen am Wiener Gürtel verkündete und damit das Verkehrskonzept 1969 trotz aller damit verbundenen Beschlüsse zur Makulatur machte.

Anlass dafür war der Widerstand der Bevölkerung, Wissenschaftler und Architekten. Die Energiekrise 1973 bestätigte die weise Entscheidung, der eine weitblickende folgte: der Auftrag, neue Grundlagen für das Verkehrskonzept 1980 zu erstellen. Zwischen 1975 und 1979 wurden mit den Gutachten zum Fußgänger-, Rad-, Straßenbahn- und Busverkehr, zu Verkehrssicherheit und -beruhigung wissenschaftlich fundierte Grundlagen erarbeitet, mit denen der Zerstörung der Stadt durch den Autoverkehr ein Ende gesetzt werden sollte.

„Verkehrsträger, die den öffentlichen Raum am effizientesten nutzen, haben Priorität vor allen anderen.“ Auf dieser Grundlage wurden mehr als 70 Prozent der damals vom Autoverkehr benutzten Straßenbahn- und Linienbusspuren frei gemacht. „Autos sind nur noch in Garagen unterzubringen, die weiter entfernt als Haltestellen des öffentlichen Verkehrs sein müssen. Das Abstellen von Autos im öffentlichen Raum ist grundsätzlich kostenpflichtig und muss entsprechend überwacht werden.“ 2022 war es endlich so weit.

Es ist die wirksamste Maßnahme, dass der Anteil der Wege mit dem öffentlichen Verkehr von 27 auf 38 Prozent erhöht und der Autoanteil reduziert wurde. Heute wissen wir, dass Pkw am Rand der Stadt oder des Dorfes abgestellt werden müssen, wollen diese wiederbelebt werden. Von einer Verkehrswende zur Erreichung der Klimaziele sind wir aber immer noch weit entfernt.

Im Jahr 1982 wurde auf Betreiben der Baukonzerne das ASFINAG-Gesetz beschlossen zur unbegrenzten Geldbeschaffung für die Auto-Infrastruktur, für das die Steuerzahler zu Bürgen gemacht wurden. Meiner Meinung nach verfassungswidrig. Es wurden damit um 40 Prozent mehr Autobahnen und Schnellstraßen gebaut als in vergleichbaren Nachbarländern, mit denen wir uns von den Klimazielen weiter entfernten. Was an Interessen und Kräften im Hintergrund des politischen Schauspiels ist so mächtig, dass der Stadt, der Natur und dem Umland Schaden zugefügt wird?